TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Commitee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşitiû Rizgari Tirkiye

FEBRUAR 1979



TÜRKEI HEUTE



KRIEGSRECHT!

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT

mTÖ

Massaker in K.Maraş

In Kahramanmaraş(K.Maraş),eine Stadt in Südost-Anatolien,die bereits seit Monaten ein Schauplatz des politischen Terrors ist,wurden am 22.12.1978 2 Lehrer auf dem Heimweg erschossen.Sie waren Mitglieder des fortschrittlichen Lehrerverbands (TÖB-DER).
Am folgenden Tag griff eine bewaffnete,gehetzte Menge den Trauerzug der beiden Ermordeten an.Sie schossen 3 Menschen nieder und verletzten mehrere."Keine islamische Beisetzung für die Kommunisten","Tod den Kommunisten" riefen die faschistischen Angreifer während des Überfalls.
"In den Nebenstrassen näherten sich unterdessen mehrere tausend aufgebrachte Moslems dem Trauerzug... Die rechten Militanten nutzten die Gelegenheit zur grossen Abrechnung.Alle linken Geschäfte, Büros und Wohnhäuser wurden niedergebrannt,deren Bewohner niedergeschlagen oder erschossen." (F.Rundschau vom 28.12.78)
So begann der drei Tage dauernde,von der MHP (Nationalistische Bewegungspartei) und faschistischen Kräften in der Armee und Stadtverwaltung geplante und organisierte,vorsätzliche Massenmord in K.Maraş.Nach den ersten "Schlag" auf den Trauerzug formierten sich schwerbewaffnete Gruppierungen ("mit M-1 Infanterigewehren" so die DVZ) und verwüsteten viele Bezirke der Stadt auf brutalsteweise.
Dass dabei religiöse Gegensätze von Rechtsradikalen ausgenutzt wurden,steht fest.Es ist jedoch eine abgefeimte Verfälschung,den



AM ZWEITEN TAG GRIFF DIE MILITÄR EIN

Ursprung dieses blutigen Massakers,das nur einen Teil des faschistischen Terrors in der gesamten Türkei darstellt,auf "Glaubensstreitigkeiten" zurückzuführen.Seit der antiimperialistischen Entwicklung in Iran ist diese Art von Nachrichtenmanipulation stark in Mode gekommen.Die Hilfslosigkeit solcher Berichterstattung zeigte sich jedoch neben der "Sensationsnachricht aus K.Maraş" bei der erzwungenen Feststellung,dass in der Türkei seit einem Jahr über 1000 politische Morde zu verzeichnen sind.Die schweigsame bürgerliche Presse musste also eine neue Entdeckung machen.Es ist ein altes Spiel: 2 Jahre lang fast völlige Nachrichtensperre und dann solche verdrehte Darstellungen über politisch-gesellschaftliche Ereignisse,die nun nicht mehr zu "sperren" sind.Plötzlich wird man empfindlich: "Die Krise bricht zu einem Zeitpunkt aus,da der Westen aufs tiefste über das Abgleiten des Irans ins Chaos besorgt ist.Die Türkei ist für die freie Welt jedoch nicht weniger wichtig als der Iran.Zwar besitzt sie kein Öl hat aber strategisch eine noch lebenswichtigere Funktion als das Reich des Schahs." (Süddeutsche Zeitung vom 28.12.78)

So sieht es die "freie Welt".Es muss Ruhe herrschen in einem für die NATO so strategisch wichtigen Land.Und wenn es diese Ruhe nicht gibt,darf darüber nicht zu oft gesprochen werden:also Nachrichtensperre.

Nach den anfänglichen mörderischen Angriffen verhängte die Gendarmarie am 23.12. eine Ausgangssperre über K.Maraş.Dies konnte aber die Herrschaft der "Grauen Wölfe" nicht brechen.Sie mordeten und plünderten weiter.

"Ganze Familien wurden erschossen,Mädchen und Frauen vergewaltigt und dann ermordert,Kinder aus linksverdächtigen Familien zu Tode gefoltert,Säuglinge mit Benzin übergossen und verbrannt,überall lagen verstümmelte Leichen.Fahrer von Ambulenzen wurden erschossen und am 24.versuchten die Faschisten sogar,in das Krankenhaus zu kommen,um auch noch die Verletzten zu ermorden.
Ebenfalls an diesem "Heiligabend" zogen rund 200 "Graue Wölfe" bewaffnet zum neuen Rathaus.Hunderte nach dort geflüchtete Bürger entgingen nur knapp ihrer Massakrierung.Zwei Soldaten der zur Verstärkung der Polizei gerufenen Armeeeinheiten wurden vor dem Rathaus bei der Abwehr der Terroristen getötet.
Im Rathaus umarmten die Kinder des Direktors für Schulwesen einen Polizisten:"Sie töten unsere Eltern!Bitte retten sie!" Der Polizist weinte hilflos,auch seine Kinder waren tot.
Später berichtete der türkische Innenminister Özaydınlı(inzwischen zurückgetreten),der am 24. nach K.Maraş gekommen war,vor dem Parlament in Ankara:"Während der Ereignisse in Kahramanmaraş näherte sich ein 10 jähriges Kind einem Oberst und sagte zu ihm:,Onkel, wir haben dort zwei Ungläubige getötet".
Nach offiziellen Angaben starben 143,nach inoffiziellen Schätzungen

über 600.Es gab mehr als 1200 Verletzte,mehr als 1000 Menschen werden noch vermisst.Mehr als 500 Häuser und Geschäfte wurden zerstört."
(Extra Dienst vom 5.1.79)

Die führende Rolle der MHP

An einer planmässigen Vorbereitung und der führenden Rolle der MHP ist nicht zu zweifeln.
-Alle Häuser und Geschäfte,die mit dem Partei-Embleme der MHP gekennzeichnet waren,blieben verschont.
-Mehmet Enyürek,Vorstandsmitglied des Stadtsbezirks der CHP in K.Maraş erkärte:"Es handelte sich um einen organisierten Fall.Es ist jedem bekannt,dass die Ausschreitungen vom MHP-Abgeordneten der Stadt K. Maraş,Mehmet Yusuf Özbaş und von 50 maskierten Militanten,die aus Ankara gekommen sind,organisiert und angeleitet worden sind."
-"Bereits im Sommer letzten Jahres wurde in K.Maraş eine geheime Zelle der "Armee zur Rettung der gefangenen Türken" (ETKO) ausgehoben.Ihr Führer war der Sohn eben jenes MHP-Abgeordneten Özbaş. Ziel der ETKO:"Die Heimführung aller in der Welt lebenden Türken ins Grosstürkische Reich" (Extra Dienst vom 5.1.79)
-An die Mauern des Stadtteils Yörükselim,der zum grössten Teil von Kurden bedroht wird,wurden etwa 10 Tage vor dem Massaker von MHP-Leuten Parolen wie "Tod den Kurden" gemalt.In diesem Bezirk gab es dann die meisten Toten.



ZWEI FESTGENOMMENE MÖRDER:ALI NURULLAH,MESUT ELEK

Die planmässige Vorbereitung des Massakers konnte bei den nach dem Massaker durchgeführten Ermittlungen,die Auswertung abgehörter Telefongespräche,die ein MHP-Faschist aus K.Maraş einem Büro der Fluggesellschaft "Middle East Airlines" geführt hatte,enthüllt werden. Telefongesprächen,die unmittelbar vor und nach einem Bombenanschlag in einem Kino von K.Maraş geführt werden soll der Faschist"den planmässigen Ablauf" gemeldet haben.Dieser Bombenanschlag wird als der eigentliche Anfang des Massenmordes gewertet.(Diese Tatsachen wurden vom neuen Innenminister Hasan F.Güneş bestätigt.)



VERSCHONTE LÄDEN IN K.MARAŞ.MIT GUTEM GRUND;DIE BESITZER HABEN DIE SCHAUFENSTER EINDEUTIG GEKENNZEICHNET: MHP(Nationalistische Bewegungspartei von Türkeş),INANANLAR BIRLEŞIN(Gläubigen vereinigt euch!),ÜGD(Idealistenverein der Jugend -Jugendorganisation der MHP).

In seinem Buch "CIA,Konter-Guerilla und die Türkei" hatte der Ex-Rechtsberater im türkischen Verteidigungsministerium Emin Değer solche Massakern wie in K.Maraş vorausgesagt.Er beruf sich damals (1977) auf ein Buch,das unter Armeeoffizieren verteilt wurde.In diesem von der CIA ausgearbeiteten Buch wird den Offizieren erklärt, wie sie sich bei politisch motivierten Ereignissen verhalten oder wie sie blutige Provokationen durchführen sollen. Es wird geraten bei solche Aktionen "vor Grausamkeiten nicht zurückzuschrecken".E.Değer verwies in seinem Buch auch auf die Zusammenarbeit der "Grauen Wölfe" mit CIA,Konter-Guerilla und MIT(türk.Geheimdienst).

"Aber nicht zu Unrecht verwies die Regierung Ecevit auf andere als religiöse Fanatiker,die diese seit langem blutigsten politischen Unruhen verursacht haben:auf die legendäre Konter-Guerilla und die "Grauen Wölfe",die Jugend-Killer-Gang des Faschisten Alparslan Türkeş."

"Zum einen leben dort überwiegend Kurden.Die etwa acht Millionen Kurden aber,so der Frankfurter Schriftsteller Jürgen Roth in seinem Buch "Geographie der Unterdrückten-die Kurden", "erlebten in der Vergangenheit bis heute die türkische Zentralregierung nur als Besatzungsarmee". Zudem ist Ostanatolien die unterentwickelste Region der Gesamttürkei,in der weitgehen noch feudalistische Verhältnisse herrschen." (Der Spiegel vom 1.1.79)

Die Haltung der Regierung und das Kriegsrecht

Die erste Reaktion der Ecevit-Regierung auf des Massaker in K.Maraş war die Verhängung des Kriegsrecht (am 26.12.78) in 13 Provinzen: Istanbul,Ankara,Adana,Bingöl,Elazığ,Erzincan,Erzurum,Gaziantep,K.Maraş,Kars,Malatya,Sıvas und Urfa.Diese Haltung zeigt die Schwäche der Regierung,deren Politik von Anfang an von Konzessionen an die reaktionären Kräfte determiniert ist.
"Schon vor einem Jahr stand das Militaär auch in Kahramanmaraş bereit in der Erwartung blutiger Auseinandersetzungen.Mehrmals in den Tagen vor Weihnachten waren der Provinzgouverneur und der Polizeipräsident in der Stadt auf bevorstehende Aktionen der Grauen Wölfe hingewiesen worden." (Der Spiegel vom 1.1.79)
Süleyman Demirel (Vorsitzender der AP) und Alpaslan Türkeş (MHP) riefen schon mehrmals zur Machtergreifung durch die Armee auf.Auf diese Weise wollten sie die Ohnmacht der Ecevit-Regierung zur Schau stellen.So hat Ecevit sich durch die Verhängung des Kriegsrechts letztlich selbst entmachtet.

Um die wirtschaftliche Misere verdecken zu können,brachte die herrschende Bourgeoisie den Terror auf die politische Bühne schon während der Amtszeit der MC-Regierungen.Das Kriegsrecht bedeutet nichts anderes als den Anfang des Entmachtungsprozesses der Ecevit-Regierung.Mit dem Druck des Kriegrechts kann die Bourgeoisie wieder die ökonomischen Probleme in den Vordergrund stellen.So ist es nicht verwunderlich, dass der Unternehmerverband die Kriegsrechtskommandanten aufforderte, die Arbeiterbewegung in Hinblick auf die nächsten Tarifverhandlung unter Kontrolle zu halten.
Der Vorstandsvorsitzende des Unternehmerverbands Feyyaz Berker behauptete auf einer Pressekonferenz am 27.1.79:
"Die Defizite des Staatshaushalts und der staatlichen Betriebe,die hohen Grundpreise für die Agrarproduktion und radikale Tarifauseinandersetzungen haben zu einer unerträglichen Inflationsrate im Jahre 1978 geführt... Die Inflation ist der grösste Feind des freiheitlich

demokratischen Regimes." (Milliyet vom 29.1.79)
Mit dieser Behauptung versucht Feyyaz Berker die Schuld an der wirtschaftlichen Misere den Bauern und Arbeitern in die Schuhe zu schieben.
Diese Demagogie täuscht jedoch nicht über die Tatsache hinweg,dass das Kriegsrecht einzig und allein die Profitinteressen der Unternehmer schützen soll.

Die Verhängung des Kriegsrecht beweist das Scheitern der Ecevit-Regierung.Die Ursachen dafür müssen in der sich immer weiter nach rechts bewegenden Politik gesucht werden.

Widerstand gegen das Kriegsrecht

Die Verhängung des Kriegsrechts stiess von Anfang an auf den massiven Widerstand der demokratischen Kräfte der Türkei.
-Um gegen die von der Armee veranstalteten Razzien in Büros der demokratischen Organisationen wie IGD,IKD und Dev-Genç,sowie die Beschlagnahmung von Büchern,die in den ersten Tagen nach der Verhängung des Kriegsrechts erfolgte,zu protestieren,gaben 47 demokratische Organisationen eine gemeinsame Erklärung heraus.Sie betonten, dass die Behauptung,"Das Kriegsrecht werde die demokratische Freiheiten wahren" durch die Praxis als Lüge entlarvt wurde und dieses Vorgehen mit Demokratie unvereinbar ist.





NACH DER VERHÄNGUNG DES KRIEGSRECHTS BESETZT DIE ARMEE DIE UNIVERSITÄT VON ISTANBUL. TÜRKEŞ (Rechts) PLANT NEUE MASSAKER.

-DISK protestierte am 5.1.79 um 11 Uhr mit einer fünfminutigen Arbeitsniederlegung gegen das Massaker in K.Maraş.Zahlreiche Berufsorganisationen wie TMMOB (Ingeniuer und Architekturkammer der Türkei),TÖB-DER (Lehrerverband),TÜTED (Technikerverein),TÜMAS (Assistentenverein),allein in Izmir 71 demokratische Massenorganisationen und Mitglieder anderen Gewerkschaften folgten diesen Aufruf und nahmen an der Aktion teil.
-Der Friedensverein der Türkei wandte sich mit einem Brief an den Ministerpräsidenten Ecevit,in der er die Aufhebung des Kriegsrechts forderte.
-Die Anwaltskammer der Türkei forderte die sofortige Inhaftierung und Verurteilung der faschistischen Mörder von K.Maraş.In einer öffentlichen Erklärung wiesen sie darauf hin,dass das Massaker in K.Maraş keine Auseinandersetzung zwischen links-und rechtsextreme Gruppen war,sondern die Urheber in den Reihen der Faschisten zu finden sind.

Massenhafte Demonstrationen in Europa

Zahlreiche Arbeiter-und Studentenorganisationen verschiedener politischen Richtungen haben gemeinsam das faschistische Massaker in K.Maraş auf Demonstratinen und Veranstaltungen verurteilt.
Unter den Losungen "Kein Durchkommen dem Faschismus","Verbot der MHP und Verhaftung von Türkeş","Mörder Türkeş","Demirel und Türkeş müssen zur Rechenschaft gezogen werden","Aufhebung der Paragraphen 141-142","Aufhebung des Kriegsrechts","Türken und Kurden sind Brüder" marschierten in verschiedenen Städten der BRD und Westberlin,türkische und kurdische Werktätige und Studenten.
-In Köln riefen 14 Arbeiterverine von FIDEF (Föderation von türkischen Arbeiter in der BRD) und von HDF (Föderation progressiver Volksverine der Türkei in Europa) zu einer Demonstration auf,an der sich über 3500 Menschen beteiligten.

-In Stuttgart veranstalten 8 türkische Arbeitervereine am 30.12. eine massenhafte Kundgebung,auf der die Teilnehmer,das faschistische Massaker auf das Schärfste verurteilten.
-Am 30.12. demonstrierten 11 Arbeitervereine gemeinsam auf den Strassen Bremens bei -15 Grad Kälte.
-In Westberlin hatten 8 demokratische Vereine eine Demonstration für den 6.1.79 beschlossen,auf der über 2600 Arbeiter gegen das faschistische Massaker ihre Stimme erhoben und die Aufhebung des Kriegsrechts forderten.In der gemeinsamen Erklärung hiess es:"Die Regierung darf den Ausweg nicht im Kriegsrecht suchen,sondern muss gestützt auf das Volk und gemeinsam mit demokratischen und fortschrittlichen Kräften energisch gegen die faschistische MHP und ihre Unterorganisationen vorgehen.

Auf Pressekonferenzen und in Presseerklärungen haben diese Vereine die deutsche Öffentlichkeit davon ins Kenntnis gesetzt,dass es sich bei den Ereignissen in K.Maraş weder um einen Konfessionsstreit noch um Wirrnis (siehe FAZ vom 3.1.79) oder einen Bürgerkrieg sondern sich ausschliesslich um eine faschistische Aggression handelt.



IN WESTBERLIN DEMONSTRIERTEN ÜBER 2600 MENSCHEN GEGEN DAS FASCHISTISCHE MASSAKER IN K.MARAŞ UND FORDERTEN DIE AUFHEBUNG DES KRIEGSRECHTS.

63 CHP-Abgeordneter gegen das Kriegsrecht

Die Haltung der CHP zur Verlängerung des Kriegsrechts über 13 Provinzen des Landes war von Anfang an keine einheitliche.
"Die lauteste Opposition gegen den Beschluss der Regierung kam vom linken Flügel der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei Ecevits.Wie verlautete,hatten in einer Fraktionssitzung 63 der 290 Abgeordneten gegen die Verhängung des Kriegsrechts gestimmt.Für die Abstimmung im Parlament wurde aber Fraktionszwang beschlossen.Bei der Abstimmung kam es zu Tumulten." (Süddeutsche Zeitung vom 28.12.78)
Viele CHP Parlamentsabgeordnete beginnen die Werte ihrer Parteiführer an seinen Taten zu messen.In verschiedenen Fraktionssitzungen weisen sie ihn auf seine frühere ablehnende Haltung gegenüber dem Kriegsrecht hin.

"Bei der Abstimmung im Parlament fehlten 87 Abgeordnete,19 davon aus der CHP.Nach Ausrufung des Kriegsrechts wurde die Rechte lauter: Türkeş meinte,die Regierung solle der Truppe die Ausgestaltung des Kriegsrechts überlassen.Er forderte den Rücktritt Ecevits und,wenn schon keine Armee-Regierung,wenigstens die Ausweitung des Kriegsrechts auf weitere Ostprovinzen." (Extra Dienst vom 5.1.79)

Schießbefehl erlassen

Das Wesen des Kriegsrechts ist der Bevölkerung der Türkei nicht fremd. Seit der Gründung der türkischen Republik (29.10.1923) hat man auf der Grundlage des Kriegsrechts insgesammt 28 Jahre frei geschaltet und gewaltet.
Auch diesmal liess das Kriegsrecht schnell seine demokratische Maske fallen:
-Das Demonstrationsrecht und Versammlungsrecht wurde aufgehoben.Unter anderem wurde die geplante Protestakton aller demokratischen Organisationen in Istanbul gegen das faschistische Massaker in K.Maraş verboten.
-Zahlreiche Grundorganisationen der Jugend-und Frauenverbände und der POL-DER (Progressiver Verein der Polizeibeamten) wurden verboten.
-Schiessbefehl wurde erlassen,d.h. dass jeder Schuss aus dem amerikanischen Soldaten-MG von vornherein gerechtfertigt ist.Diesen Schiessbefehl fielen bereits 2 Menschen zu Opfer.
-Das Versammlungsrecht der Gewerkschaften wurde aufgehoben,das Streikrecht eingeschränkt und damit die gewerkschaftliche Aktivitäten unter Druck gesetzt.
-Die politische Verhaftungen nehmen von Tag zu Tag zu.Seit der Verhängung des Kriegsrechts wurden bereits über 1000 Menschen verhaftet.z.B. 2 Mitarbeiter der Nachrichtenredaktion des türkischen Fernsehens und Rundfunks wurden verhaftet,weil sie die Bekanntmachung der Kriegsrechtskommandanten verspätet sendeten.
-Es ist verboten,politische Plakate herzustellen,zu verbreiten und zu besitzen.Selbst wenn man nichts gegen die Herstellung,Verbreitung und den Besitz politischer Plakate unternimmt,macht man sich strafbar.Was ein politisches Plakat ist,das entscheiden natürlich die Militärbehörden.
-Hausdurchsuchungen können ohne Hausdurchsuchungsbefehl vorgenommen werden.

Demokratische Presse verboten

Um das Mass der undemokratischen Massnahmen voll zu machen,wurden Ende Januar mehrere progressive Zeitschriften verboten.So z.B. die teilweise in kurdischer Sprache erscheinenden Zeitungen "Özgürlük Yolu" und "RojaWelat" sowie die erst 7mal erschienene Wochenzeit-

schrift "Savaş Yolu".Auch der weltbekannte "Ürün" Verlag,der neben der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" auch der Monatszeitschrift "Ürün" herausbringt,ist durch das Verbot betroffen.Wie bekannt,hatte der Ürün-Verlag das Programm der Kommunistischen Partei der Türkei (die einzige noch verbotene KP in Europa) legal veröffentlicht und war deswegen gegen ihn ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden.Die Regierung berief sich in ihrer Klage auf die berüchtigten Artikel 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches,die die TKP und jede revolutionäre und demokratische Propaganda verbieten.Danach sollte Ahmet Taştan,der Herausgeber des "Ürün" eine Haftstrafe von über 11 Jahren bekommen.Dieser Prozess löste von Anfang an im In-und Ausland heftige Proteste aus.Dieser weltweiten Solidaritätbewegung ist es zu verdanken,dass der Prozess bisher zweimal vertagt werden musste und Ahmet Taştan noch nicht verurteilt worden ist.Am 26.1.79 war die 3.Verhandlung des Prozesses.Das Gericht beschloss,den §14a,der die kommunistische Propaganda verbietet,dem Obersten Verfassungsgericht vorzulegen und zu überprüfen,inwieweit er verfassungsmässig gerechtfertigt ist. Bereits seit Oktober letzten Jahres riefen die Anwälte von Taştan das Gericht auf,die Vereinbarkeit der beiden Paragraphen mit der türkischen Verfassung überprüfen zu lassen,da sie dieser widersprechen.Und sie widersprechen nicht nur der Verfassung,sondern auch der Menschenrechtskonvention der UNO und der Schlussakte von Helsinki.Somit ist der Beschluss des Gerichts ein Erfolg der demokratischen Kräfte.Auf der anderen Seite ist offentsichtlich,dass mit der getrennten Behandlung der eng zusammenhängenden Paragraphen eine Verzögerung des Urteils beabsichtigt ist.Denn einerseits wagt man es nicht,Taştan zu verurteilen,andererseits aber wäre eine Freisprechung eine zu grosse Niederlage für die Regierung und die reaktionären Kräfte.Da es nun auf dem zivilen Rechtsweg bisher nicht gelungen ist,den Ürün-Verlag und damit die demokratische Bewegung mundtot zu machen,nutzt jetzt die Regierung das bestehende Kriegsrecht und liess den Verlag von den Militärbehörden verbieten.Damit ist jedoch weder die Verfassungsfeindlichkeit der §141 und 142 aufgehoben,noch kann damit die Forderung nach ihrer Abschaffung und die Legalisierung der TKP unterdrückt werden.

Demirel und Türkeş fordern die Ausdehnung des Kriegsrechts

Süleyman Demirel billigte die Verhängung des Kriegsrechts mit folgenden Worten: "Wir haben kein Vertrauen in die Regierung. Aber wir haben grosses Vertrauen in die türkische Armee, die die Pflicht hat, dieses Land zu verteidigen und zu erhalten." (Süddeutsche Zeitung, 28.12.78).Demirels tollwütiger Komplize Alparslan Türkeş forderte die sofortige Ausdehnung des Kriegsrechts auf weitere, im Osten der



TBMM, sıkıyönetimi büyük çoğunlukla kabul etti

Anarşik olaylar karşısında huzura susamış Türk Milleti, yürekten sesleniyor

'Merhaba ASKER'

M.G.K. Korutürk'ün başkanlığında toplanarak sıkıyönetim ve Kahramanmaraş olaylarını ele aldı

Arkası kesilmeyen kanlı olaylardan bıkan, sokağa dahi çıkamayan halk sıkıyönetim ilanını büyük bir sevinçle karşıladı

TBMM'DE SIKIYÖNETİM GÖRÜŞÜLMEDEN KAVGA ÇIKTI

Halk'a ve olaylara Tercüman

Bulunan 101 cesetten 40'ının kimliği tespit edildi. Yeni cesetler bulunmasından korkuluyor

MERHABA ASKER

KAHRAMANMARAŞ'TA HAYAT NORMALE DÖNDÜ

DEMİREL: «SIKIYÖNETİME EVET HÜKÜMETE HAYIR»

TÜRKEŞ: «7 İLDE DAHA SIKIYÖNETİM İLAN EDİLMELİ»

Tercüman'ın YENİ YIL HEDİYESİ

DAS LAUTESTE SPRACHROHR DER REAKTIONÄR-FASCHISTISCHEN KRÄFTE "TERCÜMAN" BEGRÜSST DAS KRIEGSRECHT: "WILLKOMMEN SOLDAT!". KOMMENTARE VON DEMIREL UND TÜRKEŞ(Rechts): DEMIREL: "JA FÜR DAS KRIEGSRECHT,NEIN ZUR REGIERUNG!",TÜRKEŞ:"ES MUSS NOCH IN 7 PROVINZEN KRIEGSRECHT VERHÄNGT WERDEN."

Türkei liegende Provinzen.
Um diese Forderung durchzusetzen, verstärkten seine Terrororganisationen ihre Aktivitäten in den Provinzen, über die bisher kein Kriegsrecht verhängt wurde. Türkeş Drohung, es müssten noch mehr Menschen sterben, wenn seine Forderung nicht erfüllt werde, wurde blutige Realität. Bei diesen Aktivitäten wurden sie vor allem von maoistischen Organisationen unterstützt. So wurden allein im Dezember letzten Jahres 12 Mitglieder der Progressiven Jugendorganisation (IGD) ermordet. 8 von ihnen fielen faschistischen, 4 maoistischen Attentaten zum Opfer.

Die Regierung unternimmt nichts, um den planmässig operierenden reaktionär-faschistischen Kräften Einhalt zu gebieten, und auch das bestehende Kriegsrecht ist kein geeignetes Mittel dafür. Demirel und Türkeş sehen gerade im Kriegsrecht die Chance, sich wieder an die Macht zu katapultieren.

Das Kriegsrecht ist jedoch nicht die einzige Möglichkeit der reaktionär-faschistischen Kräfte, um an die Macht zu kommen. Demirel wartet schon lange auf einen weiteren Rechtsrutsch der Republikanischen Volkspartei Ecevits,um mit ihr eine Koalition einzugehen und auf diese Weise wieder an die Macht zu kommen.
"Als eine Übergangslösung wird immer mehr eine Grosse Koalition zwischen CHP (Republikanische Volkspartei) und AP (Gerechtigkeitspartei Demirels) propagiert. Die Vertreter der Monopolbourgeoisie, der reaktionären Generalität und des Imperialismus, die diese Variante verlangen, erhoffen von ihr die Verabschiedung der bereits vorliegenden Gesetzesentwürfen zum weiteren Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten. Gleichzeitig soll damit ein Zusammengehen der CHP mit den anderen demokratischen Kräften verhindert werden." (DVZ, 11.1.79).
Neben dieser parlamentarisch verbrämten Form des Faschismus besteht für die Monopolbourgeoisie die weitere Möglichkeit des offenen Faschismus, der nur mit Hilfe der Armee realisiert werden kann und praktisch die Machtergreifung von Türkeş bedeuten würde.

"Die Entscheidung liegt heute schon eher bei der Armee als bei dem entschlusslosen Ecevit. Wird die Armee die Bildung einer Notstandsregierung unter Türkeş empfehlen? Oder besteht in Ankara vielleicht doch noch eine letzte Chance für die Bildung einer Grossen Koalition?" (FAZ, 3.1.79).
Diese geradezu zynisch anmutende Spekulation der FAZ bedarf wohl keines weiteren Kommentars.

Pläne des Imperialismus

Nachdem die imperialistischen Kräfte im Iran so gut wie matt gesetzt sind, berieten sie auf einem hastig einberufenem Gipfeltreffen in Guadeloupe die Situation in der Türkei.
Auf diesem Treffen beschlossen die Herren Carter, Schmidt, Giscard d'Estaing und Callaghan, sich gegenüber der Türkei in Zukunft "grosszügiger" zu verhalten.

Die "grosszügige Hilfe" in Form des vorgesehenen Kredits von 1,5 Mrd. Dollar dürfte jedoch weniger dazu dienen, der Türkei aus der wirtschaftlichen Misere herauszuhelfen, als vielmehr erneute Waffenkäufe von den USA und der BRD zu ermöglichen.
"Die Türkei sollte sich...auf eine schlagfertige Infanteriearmee, die über neueste Panzerabwehrwaffen verfügte, konzentrieren." (FAZ,19.1.79).

Die Dauerkrise, in der sich die Türkei seit Jahren befindet, hat ihre Ursache in der Abhängigkeit vom Imperialismus.
Mit einer Auslandsverschuldung von 19 Mrd.Dollar, mit einem Aussenhandelsdefizit von 4,3 Mrd.Dollar, mit einer Inflationsrate von 79%, mit einer Arbeitslosenzahl von 5,71 Mio. (laut offiziellen Angaben) und einem chronischen Devisenmangel ist die Türkei wirtschaftlich zerrüttet.

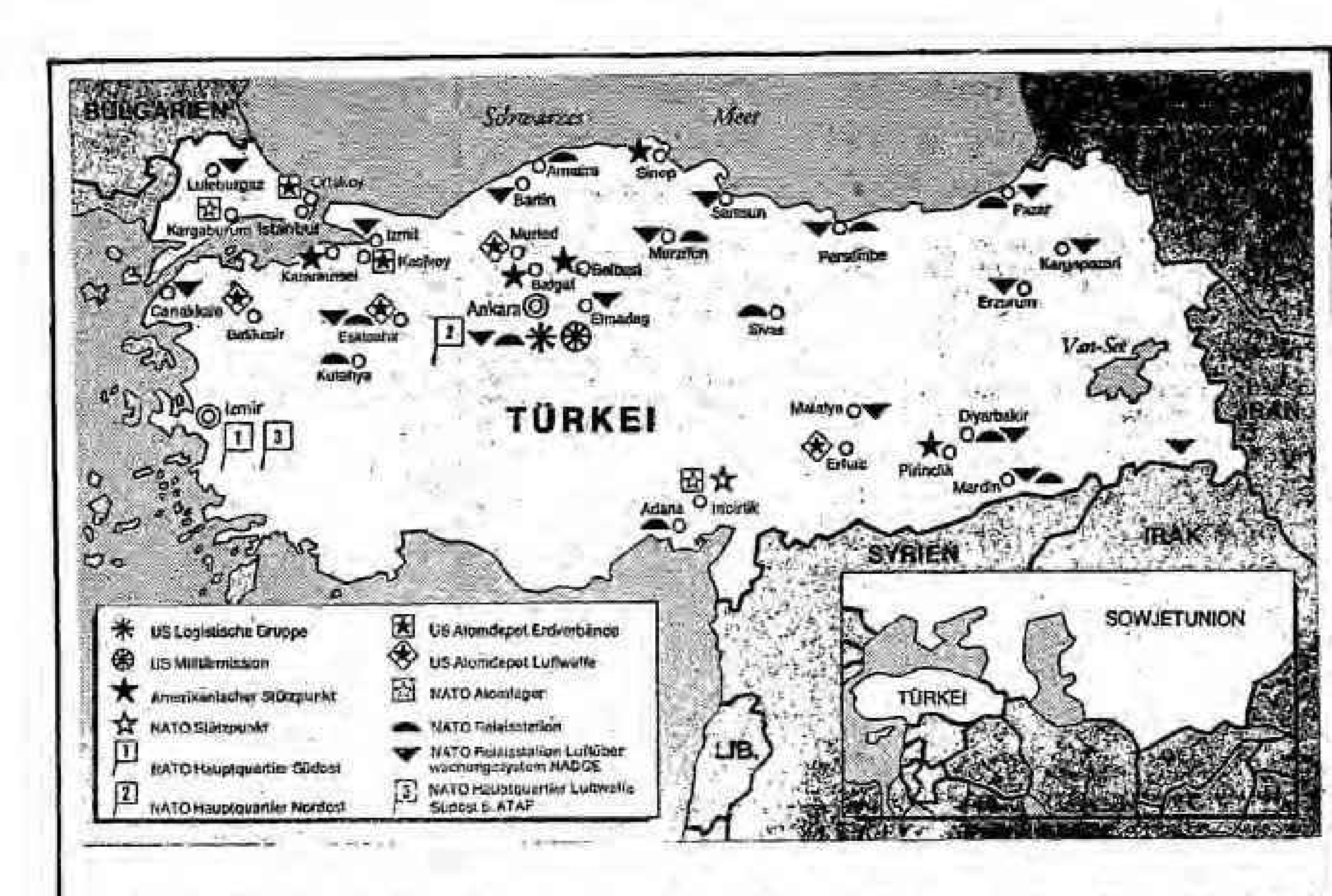
Hinzu kommt die immense Verschuldung der Türkei durch die schweren Rüstungslasten, die ihr im Rahmen der Nato aufgezwungen wurden.

"Zu Beratungen über ein Hilfsprogramm der westlichen Industrienationen für die Türkei sind am Donnerstag in Bonn hohe Beamte aus den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik zusammengetroffen. Die Aktion war zu Jahresbeginn beim Vierergipfel auf Guadeloupe mit der Massgabe verabredet worden, dass sich möglichst viele Nationen an der Unterstützung der in einer tiefen Wirtschaftskrise steckenden Türkei beteiligen, weder über den Umfang noch über den Zeitraum oder die Bedingungen einer solchen Hilfe wurde am Donnerstag in Bonn Einzelheiten bekannt. Aus der von Staatssekretär Hermes vom Auswärtigen Amt geleiteten Verhandlungsrunde verlautete lediglich, dass die Aktion nur in Zusammenhang mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) erfolgversprechend sei." (FAZ, 19.1.79).

Das der Imperialismus nie aus karitativen Beweggründen heraus "Hilfe" leistet, wird durch die Bedingungen, die der IWF an die Kreditvergabe knüpft, erneut bewiesen.
Die Hilfe "soll durch Bildung eines internationalen Konsortiums geschehen, dass an die türkische Zentralbank einen Beistandskredit gibt und Garantien für neue Privatkredite übernimmt. Aber nur wenn Ministerpräsident Ecevit mit dem IWF einig wird, sind die internationalen Banken zu neuen Krediten bereit...Wenn der IWF neue Finanzspritzen geben soll, werden also sehr unpopuläre Sparmassnahmen erforderlich sein." (so die Frankfurter Rundschau vom 31.1.79).

So lauten die im oben angeführten Zitat als "unpopuläre Sparmassnahmen" bezeichneten Bedingungen des IWF:

- Abwertung des türkischen Lira um 25-30%
- Einfrierung der Löhne
- Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel, die in staatseigenen Betrieben erzeugt werden.
- Keine weitere Erhöhung der Grundpreise für Agrarproduzenten von Seiten des Staates
- Verabschiedung neuer Steuergesetze, die die Konzerne begünstigen
- Schaffung günstigerer Bedingungen für die Investitionen ausländischer Kapitalien
- keine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR.



Die obige Karte wurde von der Frankfurter Allgemeine (vom 19.1.79) unter dem Titel "Verhandlungen über Militärhilfe für Ankara" veröffentlicht.

Obwohl nicht alle NATO oder US-Militärbasen darauf stehen (es sind insgesammt 61 NATO,über 30 US'Basen),zeigt sie unmissverständlich, wie das Territorium der türkischen Republik in einen Pulverfass der NATO und des aggressiven US-Imperialismus verwandelt worden ist.Rechts unten wird die Lage der Türkei bezogen auf die Sowiet Union verdeutlicht,um wohl die starke Anzahl der in Nord-Anatolien liegenden Aggressionsbasen,die die nichtexistierende "Gefahr aus dem Norden"(!) bekämpfen sollen,zu rechtfertigen.
Diese Karte beweist:In der Türkei sind Atombomben stationiert und zwar sehr viele.Eine Tatsache,die stets von der einheimischen Bourgeoisie verschwiegen oder verleugnet wurde.
Noch eine grausame Tatsache:Nach den staatlichen Statistiken von 1977 entfällt pro Einwohner der Türkei an Ausgaben für Militär 1062TL(Türkische Lira),soziale Versorgungseinrichtungen 1TL.

Und nun die FAZ:"Die Modernisierung(gemeint der Armee) wird darum nicht nur von den Amerikanern bezahlt werden können.Dem türkischen Partner wird von der ganzen NATO geholfen werden.Die Bundeswehr hat mit ihrer Unterstützung bereits begonnen."
Die demokratischen Kräfte und die Arbeiterbewegung der Türkei kämpfen für die völlige Abschaffung dieser Militärbasen.Das Volk der Türkei will nicht die Rolle der Gendarmerie des Imperialismus im Nahen Osten spielen.

Die Erfüllung dieser Bedingungen würde ein uneingeschränktes Schalten und Walten der internationalen Monopole und der mit ihnen liierten einheimischen Bourgeiosie , sowie einen verstärkten Ausverkauf der Türkei bedeuten. Die Krisenlasten sollen also auch in der Türkei auf die Werktätigen abgewälzt werden.

Der Hintergrund für das verstärkte Interesse imperialistischer Kreise für die Türkei ist die Verteidigung der in Gefahr geratenen internationalen Kapitalinteressen im Nahen Osten.
Das Land am Bosporus soll als Sprungbrett für Agressionsakte gegen die arabischen Länder und den ganzen Nahen Osten benutzt werden.

So wurden die Waffen aus den Militärstützpunkten im Iran ohne Benachrichtigung der türkischen Regierung, in die Militärbasen auf türkischem Territorium verlagert, um die Stellung Irans als Wachposten des Westens verstärkt der Türkei zu übertragen.
"...dass angesichts der unsicheren Lage im Iran der Stabilisierung der Lage in der Türkei an der ohnehin schwachen Süd-Ost-Flanke des Nato-Bündnisses jetzt noch grössere Bedeutung beigemessen wird als zuvor." (FAZ, 19.1.79).

Und so forderte der Kontingentssenator Hilmi Fırat in der Haushaltsdebatte des Innenministeriums am 6.2.79 pflichtbewusst die Armee auf, "...sich bereit zu halten, nicht nur gegen eventuelle Angriffe seitens der Warschauer Pakt Staaten, sondern auch gegen Syrien und den Iran." (Hürriyet, 8.2.79).

Aufruf der KP der Türkei

Durch die Ausrufung des Kriegsrechts hat die Monopol-Bourgeoisie das militärische Clique dem Volke aufgezwungen.Dieser Vorfall zeigt, dass die Krisen im Lande sich verschärft,die Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital,zwischen Imperialismus,der kollaborierenden Monopol-Bourgeoisie und unserem Volk sich erhärtet,die inneren Streitigkeiten der Bourgeoisie zugenommen haben und dass die herrschenden Kräfte nicht mehr in der Lage sind mit parlamentarischen Mitteln zu regieren.Das Kriegsrecht hat die Gefahr des Faschismus zunehmen lassen und das Volk vor die Schwelle einer militärischen Diktatur gebracht.Auf diese Weise ist ein Teil der reaktionär-faschistischen Kräfte direkter Teilhaber der Regierung geworden.Unter den verantwortlichen Generälen des Ausnahmezustandes befinden sich auch solche,die MHP(Nationalistische Bewegungspartei) orientiert sind.Das Parlament hat seine bereits begrenzten Befugnisse in grossem und ganzen verloren.Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes hat die Regierung,in der der rechte Flügel der CHP(Republikanische Volkspartei) am stärksten vertreten ist,dem Zwang der imperialistischen

Kreise,der AP(Gerechtigkeitspartei) und der faschistischen MHP nachgegeben.

Das eigentlice Ziel

Das eigentliche Ziel des Ausnahmezustandes ist es,die Last der kapitalistischen Krise auf die Schultern der werktätigen Massen zu wälzen und die sich entwickelnde Arbeiterbewegung und den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Demokratie zu verhindern.Das Ziel ist es,den Friedens- und Entspanungsprozess,die Entwicklung der Beziehungen der Türkei mit den sozialistischen Ländern zu sabotieren und die in unserer Region schwankenden Positionen des Imperialismus,der NATO und der CENTO wieder zu stärken.Der Ausnahmezustand ist gegen unser Volk,vor allem gegen die Arbeiterklasse,gegen die Kommunisten, Sozialisten,Sozialdemokraten,gegen den sich nach links öffnenden Flügel der CHP und gegen die kurdischen Demokraten gerichtet.

Die Vorfälle in Iran,das Ankara-Zusammentreffen der NATO und CENTO Generalsekretäre,auf der die politische Entwicklung in der Türkei besprochen wurde und die Aufrufe der reaktionär-faschistischen Parteien an die obere Führung der Armee zeigen,dass für die Ausrufung des Ausnahmezustandes eine planmässige Vorbereitung stattfand.Die Tatsachen,dass der faschistische Terror sich erweitert hat,dass die Provokationen der Peking orientierten und anderen maoistischen Gruppen zugenommen haben und dass der faschistische Terror durch das auf barbarische Weise durchgeführte blutige Massaker in K.Maraş Ausmasse des Bürgerkrieges angenommen hat,sind Teile des die Ausrufung des Ausnahmezustandes diktierenden Plans.
Die Politik der Führung des rechten Flügels der CHP hat die Ausrufung des Ausnahmezustandes in der Türkei verursacht.Der Imperialismus und die reaktionären Kräfte benutzten diese Politik,um zu ihrer Absicht,der Ausrufung des Ausnahmezustandes zu gelangen.
Mit ihrer Wirtschaftspolitik,die zum Vorteil der imperialistischen Konzerne,der kollaborierenden Monopol-Bourgeoisie war,ist es der Regierung nicht gelungen,die kapitalistische Krise zu besiegen.
Mit einer Politik des "klassenversöhnlerischen Standpunktes" wählte sie den Weg der Wälzung der Last der Krise auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung.Da es ihr nicht möglich war,den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen,ging sie daran,die auf dem Klassenstandpunkt beharrenden Gewerkschaften zu unterdrücken und sie zu spalten.
Die "sowohl gegen rechts,als auch gegen links"-Politik,die Tatsache, dass die Regierung gegen die faschistischen Quellen nichts unternahm,die Polizei,die Armee und MIT (Geheimdienst) von faschistischen Elementen nicht säuberte führte zu einem verstärkten Terror auf den Strassen.Diese Politik der Regierung führte zum Schluss dazu,dass alle fortschrittlichen Kräfte unter Druck gesetzt wurden.Gegenüber der Forderung nach "Freiheit für die KPdT" verstärkte die Regierung den Anti-Kommunismus.Zudem wurden neue anti-demokratische Gesetze

vorbereitet.Der rechte Flügel der CHP,der von Anfang an die Zusammenarbeit mit den nationaldemokratischen Kräften abgelehnt hat und dagegen eine feindliche Haltung nahm,machte den faschistischen Kräften unentwegt Zugeständnisse.Die Innenpolitik der Regierung,die das Gegenteil der dem Volke abgegebenen Versprechungen praktizierte,ging total pleite.Die Regierung,die sich mit der inländischen Reaktion einigte und auf die Mitgliedschaft in der NATO verharrte,gab gegenüber dem gegen ihre als "vielseitig" bezeichnete Aussenpolitik gerichteten imperialistischen Druck klein bei.Zum Schluss nahmen die US-Militärbasen ihre Arbeit verstärkt auf.Die Regierung bestätigte die Aufrüstungspolitik der NATO und versprach einen neuen NATO-Agentenstützpunkt zu eröffnen.

Die herrschenden Klassen benutzten bei der Ausrufung des Ausnahmezustandes das Nichtzustandekommen der von der KPdT unermüdlich verteidigten Fronteinheit der nationaldemokratischen Kräfte.Zudem diente der Terrorismus der abenteuerlichen Kräfte als Vorwand.
Die Pleite der CHP-Politik bestätigte erneut,dass zur Überwindung der Krisen,zur Verhinderung des faschistischen Aufstiegsmanövers und des Terrors und zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit,des Friedens und der Sicherheit eine klare und konsequente anti-imperialistische,anti-faschistische,anti-monopolistische Politik notwendig ist. Nur der revolutionäre Kampf des Volkes für eine fortschrittlich-demokratische Regierung,deren Schwerpunkt die Arbeiterklasse bildet, kann das Land aus diesen Engpässen herausführen.
Unter dem Vorwand "die Freiheiten zu schützen" verteidigt die Regierung den Ausnahmezustand.Genauso wie sie erhofft hat,von dem Aufstieg des Terrors gegen die fortschrittlichen Kräfte Nutzen zu ziehen,so baut sie heute auf den Ausnahmezustand.Aber genauso wie das Nichtsunternehmen gegen die faschistischen Quellen zu einem verstärkten Terror geführt hat,so wird auch das Zulassen einer Anwendung des Ausnahmezustandes gegen die fortschrittlichen Kräfte zu einem Erstarken der reaktionär-faschistischen Kreise führen,die die Regierung stürzen wollen.Das Beharren der Regierung auf dieser Politik kommt den Kreisen zugute,die eine faschistische Diktatur errichten wollen.

Die Gefahr ist nicht unüberwindbar

Die Gefahr ist nicht unüberwindbar.Es existieren Kräfte,die die faschistische Eskalation verhindern und die Gefahr bewältigen können DISK,Gewerkschaften,die an TÜRK-IŞ gebunden sind,fortschrittlische Parteien,Vereine und Parlamentarier sind gegen den Ausnahmezustand.In den Reihen der Armee und im Volke werden Proteste lauter.In dieser Situation ist die Aufgabe der KPdT,TIP,TSIP,der Sozialisten,Sozialdemokraten,des linken Flügel der CHP,der kurdischen Demokraten,der Gewerkschaften,aller demokratischen Vereine,der fortschrittlichen revolutionären Jugendorganisationen,der patriotischen Kräfte in der Armee,aller,die gegen den Ausnahmezustand,gegen die

Beschränkung der demokratischen Rechte,gegen das Zertreten der Menschenrechte,gegen rassistisch-chauvenistischen Unterdrückungen sind, die Aktionseinheit zu realisieren,um die unaufschiebbaren Forderungen durchzusetzen.

-Der Ausnahmezustand muss aufgehoben werden!
-MHP und alle faschistischen Vereine müssen verboten werden!
-Türkeş muss verhaftet und wegen der blutigen Massaker zur Rechenschaft gezogen werden!

Unter heutigen Bedingungen schaden jegliche Einwände,die gegen die Aktionseinheit erhoben sind,dem demokratischen Kampf.Alle fortschrittlichen Kräfte müssen auch die kleinesten demokratischen Rechte und Gewinne aktiv,bis zum Schluss gemeinsam verteidigen.
Ohne in Panik zu geraten,ohne den abenteuerlichen Weg einzuschlagen, müssen sie alle Aktionsmethoden gemeinsam den Bedingungen entsprechend festlegen und praktizieren.Die Sicherung der Lebenssicherheit des Volkes und der fortschrittlichen Kader steht immer noch auf der Tagesordnung.Die Kommunisten laufen in den vordersten Reihen des Widerstandes des Volkes und sie werden weiter laufen.Keine Art von Unterdrückung kann den Kampf der Arbeiterklasse,unseres Volkes für nationale Unabhängigkeit,für Frieden,Demokratie und Sozialismus aufhalten.

28.12.1978

Zentral Komitee der
Kommunistischen Partei der Türkei

Faschistischer Terror geht weiter

"Milliyet" vom 7.2.1979 meldet:"41 Tote seit Beginn des neuen Jahres.Im Januar 1978 waren es 46."

Einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts behauptete der neue Innenminister Güneş, die Ruhe sei wieder hergestellt. Er verwies stolz darauf, dass "nur" 19 Menschen seit dem 27.Dez.78 ermordet worden sind.

Obwohl es den Anschein hat, als hätten die "Grauen Wölfe" ihr blutiges Handwerk vorübergehend etwas reduziert, eskaliert der faschistische Terror weiterhin auch unter dem Kriegsrecht.

So wurde am 1.2.79 der Chefredakteur der bürgerlich-liberalen Tageszeitung "Milliyet", Abdi Ipekçi ermordet.

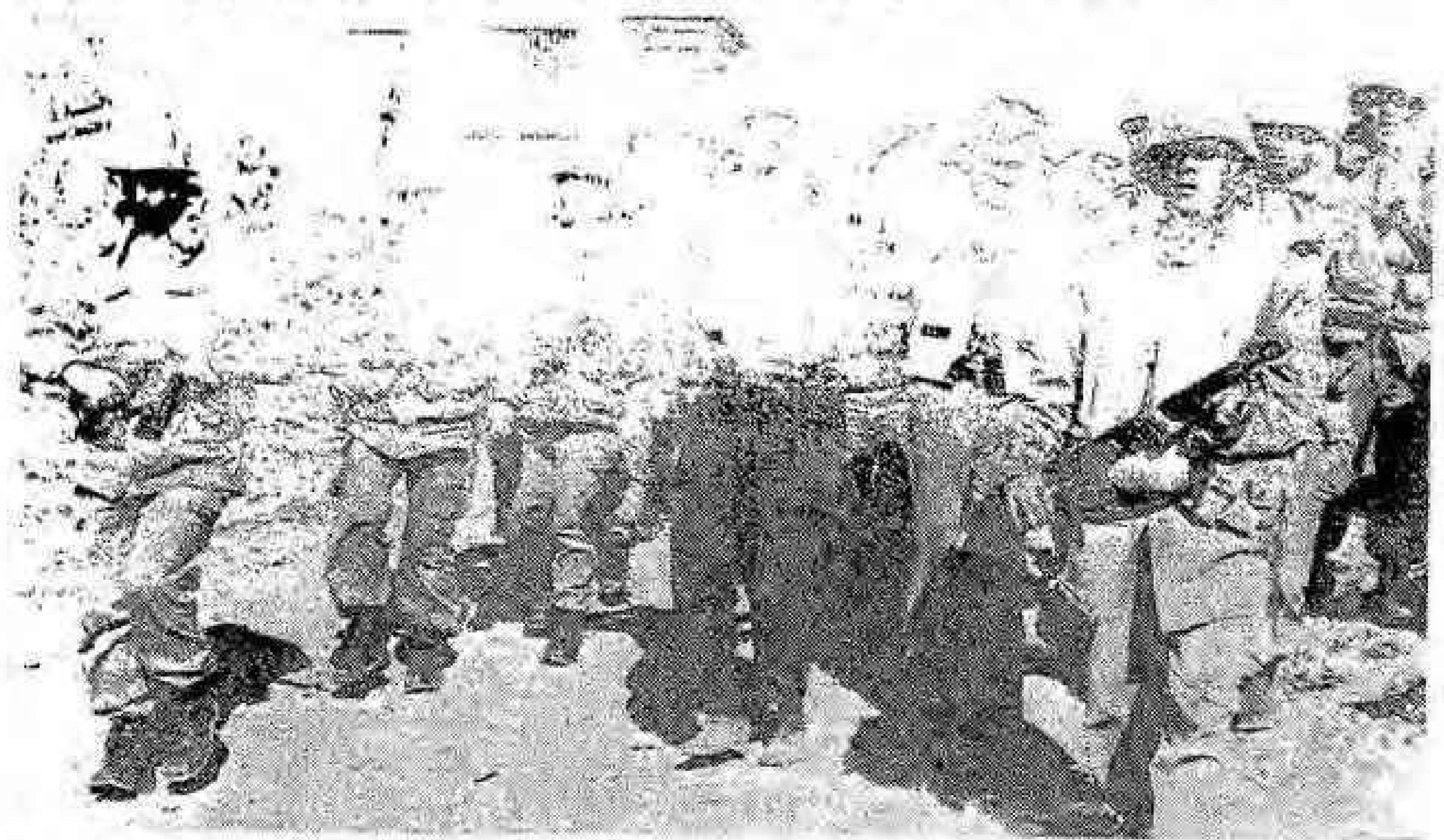
Das Attentat, dessen Vollstrecker entkommen konnte, wurde vor den Augen hunderter von Menschen verübt.

Dies zeigt eindeutig, dass der Ex-Oberst Türkeş seine Machtpläne auch weiterhin mit physischer Gewalt durchzusetzen versucht.

"Seit über dreizehn der 67 Provinzen der Ausnahmezustand verhängt wurde, darunter auch in Istanbul und Ankara, sind die täglichen Morde und Terrorakte kaum noch Gesprächsstoff. Kenner bezweifeln, dass ihre Zahl zurückging. Aber nach dem entsetzlichen Weihnachtmassaker von Kahramanmaraş, bei dem über hundert Personen hingemetzelt wurden, regt ein einzelner Mord nicht mehr besonders auf, es sei denn, es träfe einen Prominenten, wie den angesehenen und einflussreichen Chefredakteur der liberalen Zeitung Milliyet, Abdi Ipekçi, der am vergangenen Freitag getötet wurde. In Istanbul wird ein Mordauftrag mit 30 000 Lira bezahlt -rund 2000 Mark."
(Zitiert aus der "Zeit" vom 9.2.1979)

2 Minister zurückgetreten

Am 2.1.79 nahm Ministerpräsident Ecevit den [illegible] Innenministers Özaydınlı an. Die rechtssozialde[illegible] tion Özaydınlıs innerhalb der CHP kam nach [illegible] Massaker in K.Maraş immer mehr ins Wanken.
Der Widerstand innerhalb der CHP und der [illegible] lichkeit gegen seine rechte Politik, zwang ihn zur [illegible]



VOM KRIEGSRECHT WIRD DIE KURDISCHE BEVÖLKERUNG IN OST-ANATOLIEN AM HÄRTESTEN BETROFFEN. HEUTE MUSS DIESES VOLK, DAS NICHT EINMAL SEINE EIGENE SPRACHE BENUTZEN DARF, UNTER WILLKÜRLICHEN REPRESSIONEN DER SOLDATEN UND GENDARMERIE MEHR LEIDEN.

Aufgrund seines Nichteinschreitens gegen die ihm bekannten faschistischen Aktionspläne,gilt er als einer der Verantwortlichen für das Blutbad in K.Maraş.

Der zweite Rücktritt erfolgte durch den Verteidigungsminister Işık am 14.2.79.Sein Rücktritt ist auf Meinungsverschiedenheiten mit Ecevit bezüglich aussenpolitischer Fragen zurückzuführen,die bereits vor der Verhängung des Kriegsrechts offen zutage getreten waren.

Faschistentreffen in der BRD

Ungeachtet der zunehmenden neofaschistischen Gefahr in der Bundesrepublik durften sich am 4.2.79 im hessischen Schwarzenborn rund 500 Delegierte von insgesamt 108 Vereinen der faschistischen "Föderation der türkischen Idealistenvereine in Europa" zusammenrotte Trotz energischer Proteste aus den Reihen der Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen wurden die Faschisten von einem starken Polizeiaufgebot geschützt.

Die Kulturhalle in Schwarzenborn wurde von einem gewissen Dr.Horst Eckhard Kannapien aus Schwalmstadt für einen "Kulturabend" gemiete Obwohl vor dieser Veranstaltung Bundeskanzler Helmut Schmidt, Inne minister G.Baum, SPD-Fraktionsführer Herbert Wehner und SPD-Vorsitzender Willi Brandt, sowie andere zuständige Behörden von FIDE (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD) über den Charakter dieses Treffens schriftlich informiert hatte.
Und auch nach der Veranstaltung wurde diese vom Bürgermeister Schw zenborns als sogenannte "Kulturveranstaltung" verharmlost.

Gerichtsverkündung: Türkeş ist ein Faschist

Bei diesem Faschistentreffen nahmen u.a. der Vizepräsident der MHP Dr. Agah Oktay Güner und der Parteisekretär der MHP in Adana, Orha Ürgenç teil. Führende Funktionäre einer Partei also, dessen Führe Alparslan Türkeş nach einer Entscheidung der 3.Kammer des Landesgerichts Frankfurt in einer mündlichen Verhandlung als ein Faschis bezeichnet werden darf. Das Gericht bestätigte ebenfalls, dass die MHP in der Bundesrepublik Tarnorganisationen unterhält.

Ausserdem durfte einer der Chefideologen der MHP, der Chefredakte der faschistischen Tageszeitung "Hergün", Enver Altaylı diese Versammlung leiten.

Nach mehreren Besuchen der BRD von Türkeş und seinen Beratungen mi CSU-Vorsitzendem Franz Josef Strauss, wurde am 17. und 18.Juni le Jahres von 64 rechtsextremistischen Vereinen o.g. Föderation gegründet.
Sie ist dazu berufen, nicht nur die demokratische türkische Bewegung in der BRD, sondern in ganz Europa zu zerschlagen.

-

en.

c-
et.
en-

EF

war-

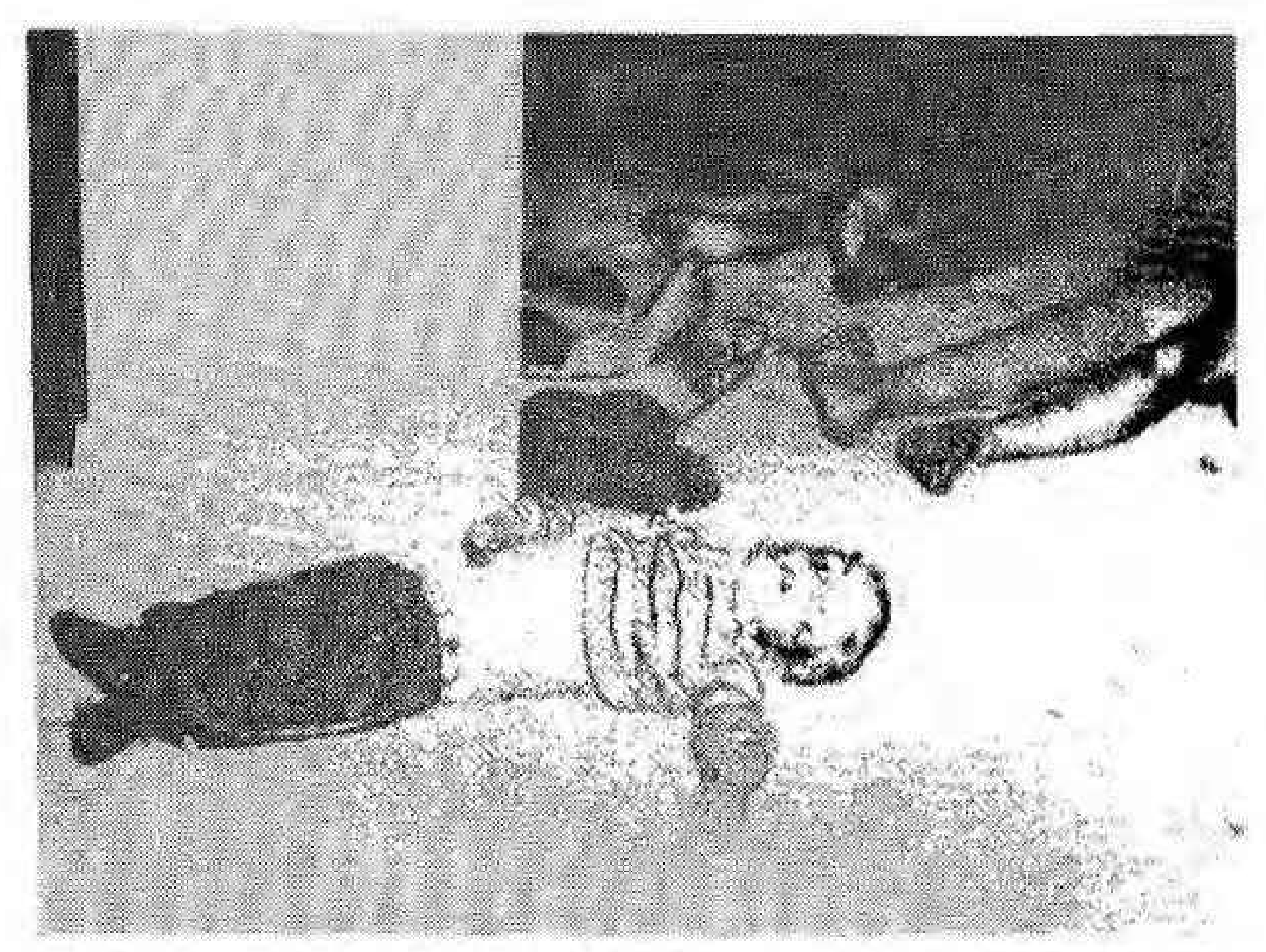
o
an
er

st
e

ur
-

it
tzten

-



DAS GRAUSAME GESICHT DES FASCHISMUS! IN K.MARAŞ MORDETEN SIE GANZE FAMILIEN MIT FRAUEN UND KINDER.

Herausgeber: TBÖK
Garten str. 96, 6000 Frankfurt/M.70